

BASELLANDSCHAFTLICHE ZEITUNG



Yann Sommer
Für seine Leistung an der EM mit Lob überhäuft
SPORT 20

ANGEMESSEN
N° 10
ANGEZOGEN

«Seit 1955 nichts als Hosen.»
Hiltl
In Arlesheim
Ermitagestrasse 10
T 061 311 55 55
klausriese@no-10.ch

Hans-Kristian Høejsgaard
Rechnet sich Sponsoring? Erst nach Jahren, sagt der Chef von Davidoff
BASEL-STADT 25

Gartenstadt
Einkaufszentrum Münchenstein
Für mich und dich.

BEACH SOCCER
Vom 23. bis 27. August 2016

Kinderturnier
Mittwochnachmittag, 24.08.2016

Erwachsenen-Turnier
Freitagabend, 26.08.2016
Samstag, 27.08.2016

Anmeldung bis 2. Juli
an info@chargers.ch

Baselbiet wird über kantonale Energieabgabe abstimmen

Klimaziele Landrat beschliesst neues Energiegesetz, dessen Finanzierung bleibt umstritten

VON DANIEL HALLER

Das mühsam totalrevidierte Baselbieter Energiegesetz schaffte gestern trotz erneuter Debatten um Frackingverbot oder eine mögliche kommunale Anschlusspflicht an Wärmeverbände einen glanzvollen Zieleinlauf: Mit nur vier Gegenstimmen fand es die Zustimmung des Landrats.

Offen ist hingegen noch die Finanzierung des Kernstücks: Der Baselbieter Verbrauch nicht erneuerbarer Energie wie Öl und Gas soll sinken, indem man die Gebäude besser isoliert. Dafür will man die Fördermittel des seit 2010 bestehenden Baselbieter Energiepakets aufstocken. Dies soll bis 2030 Investitionen im Umfang von 2,5 Milliarden Franken auslösen. Zur Finanzierung

dieser KMU-Förderung bei gleichzeitiger Reduktion des Klimagas-Ausstosses ist eine Steuer auf nicht erneuerbarer Energie vorgesehen.

Die SVP als einzige Opponentin gegen die bis 2030 befristete Abgabe argumentierte unter anderem mit dem Mitnahmeeffekt: Die Förderung sei nicht nötig, wenn sich das Isolieren lohne. Zudem sei eine Energieabgabe Sache des

Bundes und auf Kantonsebene nicht zulässig. Die anderen Parteien erklärten, wenn man dem Gesetz zustimme, müsse man auch zur Finanzierung Ja sagen. Es brauche ein Anreizsystem, um die Klimazeile zu erreichen. Das letzte Wort wird das Volk haben, denn eine neue Steuer erfordert eine Verfassungsänderung, die zwingend an die Urne muss.

KOMMENTAR RECHTS, SEITE 27

KOMMENTAR

Noch sind die Ziele nicht finanziert

Das gestern beschlossene Energiegesetz ist keineswegs revolutionär. Aber es setzt mit seinem Schwerpunkt auf die Energieeffizienz bei Gebäuden einen Teil des vor sechs Jahren manifestierten Volkswillens um: 2010 nahm das Baselbieter Volk den Gegenvorschlag zur Initiative «Weg vom Öl» an. Dieser formulierte unter anderem das Ziel: «Der An-



von Daniel Haller

Frankenschock

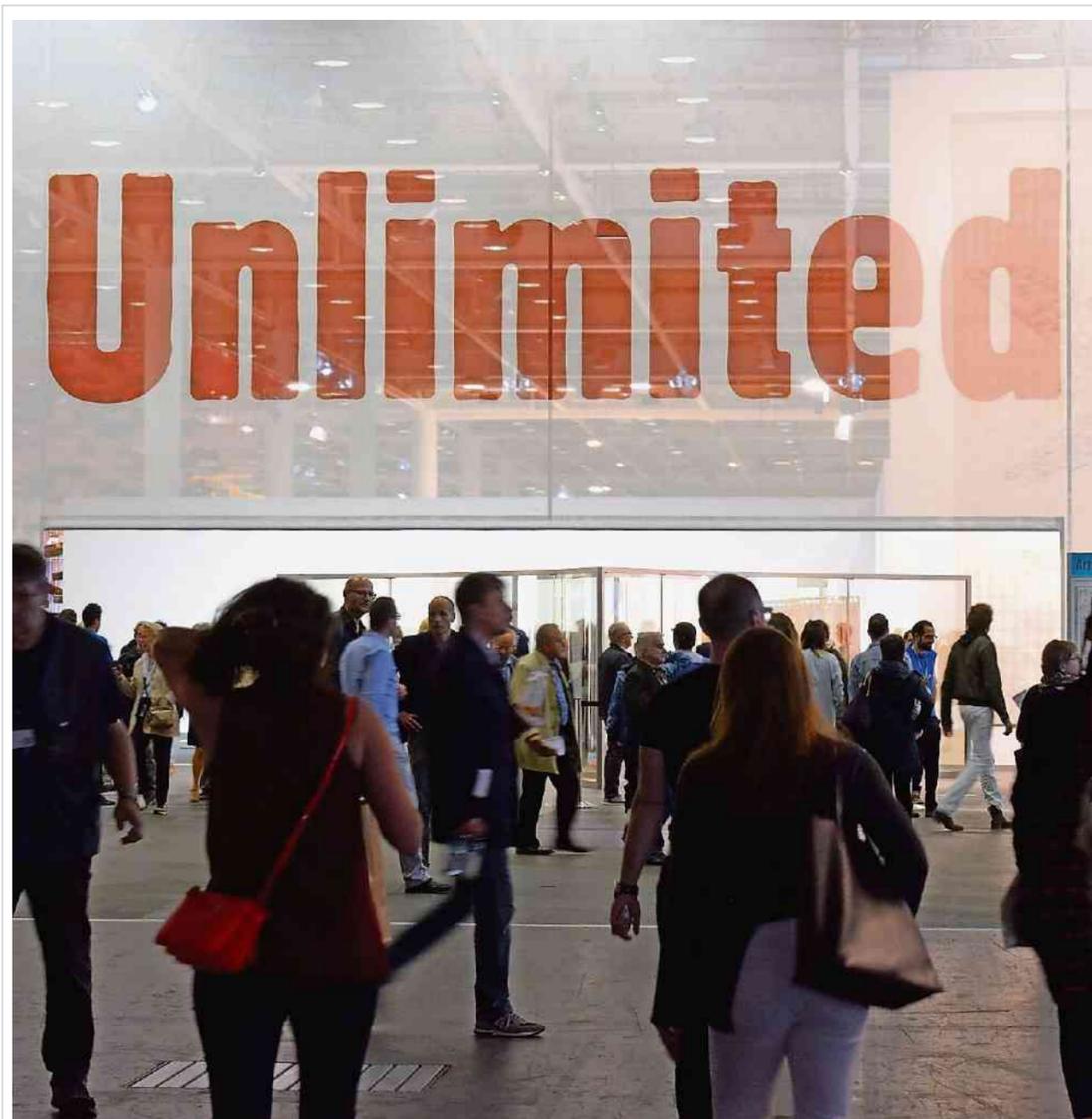
Nationalbank bereitet sich auf Brexit vor

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) geht zwar nicht davon aus, dass die Briten im Referendum von nächster Woche dafür stimmen, aus der EU auszutreten. Das sei nicht das Basisszenario der SNB, erklärte SNB-Präsident Thomas Jordan gestern an der Medienkonferenz im Anschluss an die geldpolitische Lagebeurteilung. Doch auch die Notenbank habe zur Kenntnis genommen, dass die Wahrscheinlichkeit für einen Austritt gestiegen sei. Auch die Märkte seien nervös. Im Notfall würde die SNB handeln. Sie stützt sich dabei auf die Pfeiler ihrer Geldpolitik: die Negativzinsen und Interventionen am Devisenmarkt. KOMMENTAR SEITE 33, SEITE 9

Via Sicura

Polizisten sollen rasen dürfen

Der TCS beider Basel schimpft über Via Sicura, das Verkehrssicherheitsprogramm des Bundes. Nach der erstinstanzlichen Verurteilung eines Basler Polizisten wegen einer unverhältnismässig schnellen Verfolgungsjagd ruft Sektionspräsident Christophe Haller Polizisten und Rettungssanitäter dazu auf, Tempolimiten zu ignorieren. Das kommt in doppelter Hinsicht schlecht an. Zum einen hat der Bundesrat eben erst eine Ergänzung zum Strassenverkehrsgesetz verabschiedet, die es Richtern erlaubt, die Strafbarkeit von rasenden Einsatzkräften zu mildern - zum anderen sind in der Praxis andere Dinge viel wichtiger als das Tempo. SEITE 21



Art Basel Zuerst kamen die VIPs und die grossen Käufer - jetzt dürfen alle hinein. SEITEN 25, 33, 36, 37 FOTO: NIZ

teil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch ohne Mobilität soll im Jahr 2030 40 Prozent betragen.» Dies findet sich nun auch im revidierten Energiegesetz - ebenso der Passus, dass der Kanton die Abhängigkeit von importierter, nicht erneuerbarer Energie senken soll. Dabei ist allerdings der Verkehr ausgenommen.

Das Ziel ist also vorgegeben und fand im Parlament eine grosse Mehrheit quer durch das ganze politische Spektrum. Der grosse Streitpunkt ist aber die Finanzierung der konkreten Massnahmen: So schafft die Energieabgabe als eine neue, zweckgebundene und zeitlich befristete Steuer auf Heizöl und Gas zwar Anreize, Gebäude zu sanieren. Sie ist aber einerseits so bemessen, dass sie nicht wehtut und somit keine Lenkungswirkung entfaltet.

Andererseits geht es um ein Wirtschaftsförderprogramm, von dessen Mitfinanzierung die Wirtschaft sich selbst durch eine Reihe von Ausnahmen für Grossverbraucher ausnehmen kann. Solche Widersprüche dürften im Abstimmungskampf der Erdöl- und Gaslobby in die Hände spielen, denen ein schrittweiser Ausstieg aus den fossilen Energien das Geschäft verdirbt. Zu erwarten ist, dass sie zumindest im Hintergrund in den Abstimmungskampf eingreifen wird.

Das Stimmvolk wird also vor der Entscheidung stehen, ob es mit der Energieabgabe einen teilweise schmerzenden Kompromiss ablehnen will. Oder ob es ihm zugunsten höherer Ziele - Stichwort Klimakonferenz von Paris - zustimmt.

@ daniel.haller@azmedien.ch



EXPO 2030

Klaus Kirchmayr will Expo Nordwestschweiz

Wissenschaft, Kultur, Sport: Das alles verkörpere die Nordwestschweiz - und genau deshalb sei die Region für eine Landesausstellung prädestiniert. Davon ist der Baselbieter Grünen-Landrat Klaus Kirchmayr überzeugt. SEITE 21



BILINGUALE MATUR

Laufentaler drücken die Schulbank in Porrentruy

Das Gymnasium Laufental-Thierstein und das Lycée cantonal de Porrentruy bieten seit 2012 eine gemeinsame zweisprachige Matur an. Die ersten Schülerinnen und Schüler schrieben in den vergangenen Tagen im Jura ihre Abschlussprüfungen. SEITEN 22/23



NANO-AUTORENNEN

Uni Basel steigt in den Rennzirkus ein

Basler Physiker wollen mit ihrem Molekül-Rennauto (links) den ersten Nano-Grand Prix gewinnen. Das 38-Stunden-Rennen findet im Oktober in Frankreich statt - bei Minus 268 Grad und auf einer Rennstrecke aus Gold. SEITE 26

Eher Erleichterung als Jubel

Energiegesetz Das Gesetz fand eine grosse Mehrheit, doch die Finanzierung ist umstritten

VON DANIEL HALLER

Lang hats gedauert, doch am Schluss schaffte das neue Energiegesetz die Vierfünftelmehrheit klar: Mit 80 Ja gegen 4 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen stimmte der Landrat der Totalrevision zu. Falls niemand das Referendum ergreift, kommt das Gesetz somit nicht vors Volk – zumindest nicht direkt: In jedem Fall an der Urne abgestimmt wird nämlich über die Finanzierung der konkreten Massnahmen, die das Gesetz fordert.

Die dafür ebenfalls gestern vom Landrat mit 55 Ja gegen 44 Nein bei 46 Enthaltungen beschlossene Energieabgabe erfordert eine Verfassungsänderung und somit eine Volksabstimmung. Im Abstimmungskampf wird dann auch wieder über das Gesetz debattiert. Dieses sieht unter anderem vor, das Baselbieter Energiepaket weiterzuführen, also durch finanzielle Anreize – diese werden verdreifacht – die Energiesanierung von Gebäuden zu fördern.

Zankapfel Finanzierung

An der Energieabgabe – sie soll ebendiese Verdreifachung finanzieren – scheiden sich die bürgerlichen Geister: Die FDP sprach sich dafür aus, wenn auch Rolf Richterich (FDP, Laufen) seine Mühe damit bekundete. Der deutlich angenommene Antrag Christoph Busers (FDP, Füllinsdorf), per Verfassungsartikel die neue Zwecksteuer Ende 2030 automatisch wieder abzuschaffen, hatte offensichtlich zum Ziel, Abweichlern in den eigenen Reihen das Ja zu versüssen. Deutlich gegen die Energieabgabe wandte sich die SVP, aus deren Reihen kamen die Neinstimmen.

Die vier ablehnenden Stimmen zum Energiegesetz kamen dagegen aus der SP. Bereits zum Beginn der zweiten Lesung hatte Thomas Bühler (SP, Lausen) angekündigt, dass ein Teil der SP-Fraktion Nein stimmen werde, wenn Artikel, die in der ersten Lesung herausgestrichen wurden, nicht wieder aufgenommen würden. In der Folge kehrte das Verbot, im Baselbiet mit der Fracking-Methode nach Öl oder Erdgas zu bohren, ins Gesetz zurück. Mit nur einer Stimmen Differenz abgelehnt wurde hingegen der Antrag, den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, unter bestimmten Bedingungen eine Anschlusspflicht an Wärmeverbünde zu beschliessen.



Erst wenn die Finanzierung gesichert ist, ist das letzte Stück des Energiegesetzes eingesetzt.

GETTY IMAGES/ISTOCKPHOTO

«Nur mit Neinsagen hat man noch keine Finanzierung. Wer aber eine bessere Idee hat, soll sie bitte bringen.»

Rolf Richterich, FDP-Kritiker der Energie-Abgabe

Bisher erledigt eine Tochterorganisation der Wirtschaftskammer Baselland die administrative Abwicklung der Förderbeiträge im Rahmen des Energiepakets. Da die Wirtschaftskammer erheblichen Einfluss auf die Baselbieter Politik ausübt, führte dies zu Kritik. Darauf zielte der Antrag von Stefan Zemp (SP, Sissach), dass der Kanton diesen Leistungsauftrag künftig ausschreiben muss. Mit 58 Ja gegen 27 Nein folgte das Parlament dem Antrag, wobei auch die FDP – die Partei des Wirtschaftskammerdirektors Christoph Buser – Ja-Stimmen beisteuerte.

Allgemein gedämpfte Zustimmung

Buser ist auch Präsident der Liga Baselbieter Stromkunden. Diese meldete sich per Communiqué ultimativ zu Wort: «Mit der Zwecksteuer zur Stärkung des Baselbieter Energiepakets erhalten die vom Baselbieter Stimmvolk gesteckten Ziele ein

Preisetikett, was die Liga begrüsst. Sollte das Stimmvolk die Abgabe ablehnen, müssten auch die im Energiegesetz festgeschriebenen, hohen energiepolitischen Zielsetzungen nach unten korrigiert werden.»

Die Grünen hingegen kritisieren: «Dass das Energiegesetz und dessen Finanzierung in getrennten Vorlagen präsentiert wurden, ist äusserst fragwürdig. Ein Gesetz mit Optionen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien, die nicht finanziert werden können, ist nicht zielführend.»

Die SP spricht von einer verpassten Chance, bezeichnet das jetzt verabschiedete Gesetz jedoch als «akzeptablen Kompromiss». Unter anderem betont sie, dass das Mandat des externen Energiepaket-Vollzugs dank öffentlicher Ausschreibung nun nicht mehr wie bisher ohne Konkurrenzofferten bei der Wirtschaftskammer landen soll.

➤ Aufsteller

Wer ist nun Präsident des Bildungsrats?

68 Kommissionen des Regierungsrats gibt es im Kanton Baselland. Eine dieser Kommissionen ist der Bildungsrat, der im Zentrum der Volksabstimmung vom 5. Juni zum Lehrplan 21 stand. Geschäftsprüfungskommissionsmitglied **Jürg Degen** (SP) hat festgestellt, dass das offizielle und öffentliche Verzeichnis des Kantons zu den Kommissionen Fehler enthält. Demnach ist noch immer (der vor ziemlich genau einem Jahr zurückgetretene Regierungsrat) Urs Wüthrich-Peloli Präsident des Bildungsrats. Ein Schelm, wer aus dem Fauxpas ableitet, der Bildungsrat sei der neuen Präsidentin Monica Gschwind derart unwichtig, dass sie nicht mal auf ein korrektes Mitgliederverzeichnis achtet.

➤ Ablöscher

Zähflüssiger Monolog zur Polizeischule

Da wollte wohl jemand seine Aufgabe allzu gut erfüllen: SVP-Landrätin **Rosmarie Brunner** sparte als Präsidentin der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission nicht mit Details aus dem Jahresbericht der Polizeischule Hitzkirch. Ihr Monolog zog sich in die Länge, im Landratsaal machte sich eine gewisse Schläfrigkeit breit. Für eine gewisse Heiterkeit sorgte Landratspräsident Franz Meyer, als er anschliessend lapidar feststellte: «Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, Eintreten ist unbestritten.» Da war wohl der Wunsch Vater der Feststellung: Denn tatsächlich hatte Marie-Theres Beeler (Grüne) noch eine Anschlussfrage.

AUS DEM LANDRAT

GEWÄHLT

Roland Hochuli ist neuer Leitender Staatsanwalt

Im Kanton Baselland wird ein Nichtjurist Leitender Staatsanwalt: Der Landrat hat gestern Roland Hochuli mit 83 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zum neuen Chef der Hauptabteilung Strafbefehle der Staatsanwaltschaft gewählt. Hochuli verfügt zwar nicht über ein juristisches Studium. Dass ihn die Regierung dennoch als Leitenden Staatsanwalt vorgeschlagen hatte, hat der 54-Jährige seiner grossen Erfahrung in der Strafverfolgung zu verdanken, in der er mittlerweile seit mehr als 25 Jahren tätig ist. Er ist bereits seit Anfang 2011 stellvertretender Leitender Staatsanwalt. In der Regel müssen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Baselland – wie in den meisten Kantonen auch – über ein abgeschlossenes Jus-Studium verfügen. Das Einführungsgesetz zur Strafprozessordnung lässt jedoch laut Regierung Ausnahmen zu bei gleichwertiger fachbezogener Ausbildung oder bei langjähriger Tätigkeit. (SDA)

AUSNAHME

Gemeinderäte dürfen in Kesb Einsitz nehmen

Gemeinderäten im Baselbiet ist es gestattet, dem Entscheidungsgremium der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) anzugehören. Der Landrat hat sich gestern mit 82 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung für die entsprechende Gesetzesanpassung ausgesprochen. Der Konflikt entstand, weil Kesb-Mitarbeitende rechtlich als Gemeindeangestellte anzusehen sind und Mitglieder des Gemeinderates keine Gemeindeangestellte sein dürfen. Seit Sommer 2015 erteilte die Regierung entsprechenden Personen Ausnahmebewilligungen, wo dies möglich ist. Die Anpassung wurde von allen Fraktionen begrüsst. (SDA)

Rheinstrasse soll dreispurig bleiben

Pratteln-Liestal Der Landrat lehnt aber Gewerblern-Initiative für freie Fahrt knapp ab.

VON MICHAEL WIELAND

Die von Gewerblern lancierte Initiative kommt zusammen mit einem Gegenvorschlag der Regierung an die Urne. Die formulierte Gesetzesinitiative «zur Verkehrs-Kapazitätssicherung der Rheinstrasse zwischen Pratteln und Liestal» fordert, immer freie Fahrt zu gewähren im Falle von Problemen auf der 2013 eröffneten Umfahrungsstrasse A22.

Konkret verlangt die Initiative je eine Normalspur pro Richtung und einen mittleren Mehrzweckstreifen sowie Verkehrsleitsysteme dazu. Dies erfordert jedoch gemäss Regierung umfangreiche Installationen und Signalanlagen sowie eine Verkehrsüberwachung. Ertüchtigungsmassnahmen hat jedoch auch die Regierung vorgesehen. Mit ihrem Gegenvorschlag hat sie zudem Anpassungen zur Verkehrslenkung vorgeschlagen. Diese sehen im Normalbetrieb eine zweispurige Strasse mit einem Mehrzweckstreifen vor, der bei Bedarf innert weniger Tage auf eine dreistreifige Verkehrsführung umgestellt werden könn-

te. Die Ertüchtigungsmassnahmen werden auf 39 Millionen Franken geschätzt. Was die Initiative fordert, würde gemäss Regierung zu Mehrkosten von mindestens 20 Millionen führen; dazu kämen noch höhere Betriebskosten. Der Gegenvorschlag bringe stattdessen Zusatzinvestitionen von etwa vier Millionen.

Keine Abstimmungsempfehlung

Eine Zustimmung zur Initiative lehnte das Parlament mit 45 Nein gegen 43 Ja-Stimmen knapp ab. Für die Initiative sprachen sich FDP und SVP sowie vereinzelte Mitglieder der CVP/BDP-Fraktion aus. Mit 45 zu 43 Stimmen stimmte der Landrat in der Folge jedoch einem FDP-Antrag zu, auf eine explizite Abstimmungsempfehlung zu verzichten. Die SP lehnte sowohl Initiative als auch Gegenvorschlag ab. Sie schlug als Kompromiss zur Initiative und dem inzwischen rechtskräftigen Teil-Rückbau vor, nur nötigste Ertüchtigungsmassnahmen zu realisieren, was der Landrat jedoch ablehnte. Der notwendigen Änderung des Strassengesetzes stimmte der Landrat zuvor mit 57 gegen 28 Stimmen bei zwei Enthaltungen zu. Das für eine Gesetzesänderung ohne Urnengang nötige Vier-Fünftel-Mehr wurde somit nicht erreicht. (SDA)

Nun müssten die Regeln klar sein

Honorare Der Staatskasse sind alle Vergütungen aus Mandats-tätigkeit abzuliefern. Allerdings gilt Letztere als Arbeitszeit.

VON MICHAEL WIELAND

Im Nachgang zur Honorar-Affäre sind im Kanton Baselland die Richtlinien für Entschädigungen für Regierungsmitglieder und das Kantonsgerichtspräsidium neu festgelegt worden. Der Landrat hat gestern das Personaldekret entsprechend angepasst. Mitglieder der Regierung erhalten weiterhin eine Jahrespauschale von 15 000 Franken. Für das Präsidium des Kantonsgerichts beträgt sie 50 000 Franken. Zusätzlich werden effektive Spesen für Flugreisen, Bahnreisen und auswärtiges Übernachten ausbezahlt. Durch die abschliessende Aufzählung sollen Unklarheiten beseitigt werden. Die Regierung rechnet mit jährlich 1800 Franken Spesen pro Mitglied, wie es in der Landratsvorlage heisst.

211 000 Franken Mandatsgelder

Anträge der SP-Fraktion, die zusätzlichen Spesen zu streichen, lehnte der Landrat mit grossem Mehr ab. Einzelne

Fraktionsmitglieder stimmten in der Folge gegen die Änderung des Personaldekrets, das der Landrat dennoch mit 71 zu 13 Stimmen klar verabschiedete. Zusätzlich werden auch die Mandats-Bestimmungen neu festgelegt. Personen, die durch den Regierungsrat in einen Verwaltungsrat abgeordnet werden, müssen weiterhin sämtliche Entschädigungen der Staatskasse abliefern. Die Abordnungstätigkeit gilt neu aber als Arbeitszeit. Im vergangenen Jahr sind 211 000 Franken aus Mandaten in die Staatskasse geflossen, wie es weiter hiess. Es sei jedoch absehbar, dass diese Einnahmen aufgrund der Regelungen im neuen Gesetz über die Beteiligungen des Kantons (Public Corporate Governance) künftig kleiner werden.

Die Anpassung des Dekrets ist eine Folge der Honorar-Affäre. Die Finanzkontrolle fand bei einer Revision heraus, dass (ehemalige) Regierungsmitglieder und hochrangige Kantonsangestellte Entschädigungen aus Verwaltungsratsmandaten nicht korrekt abgerechnet hatten. 2014 machte die Regierung Rückforderungsansprüche über 140 000 Franken geltend, die inzwischen beglichen worden sind. Im März sind Strafverfahren gegen drei ehemalige Magistratspersonen eingestellt worden. (SDA)